

Antifaschistischer Kampf



Kommunistisches Organ Bezirk Halle-Merseburg

Beitrag zum Kampf gegen den Faschismus. Der rote Stern. Halle, Dienstag, den 30. August 1932. 12. Jahrgang, Nr. 199

Preis 10 Pfennig. Halle, Dienstag, den 30. August 1932. 12. Jahrgang, Nr. 199

Wir werden den Krieg vorbereiten!

Immer wieder Gas- und Luftschutzübungen

Deutschland, das für die Bourgeoisie wichtigste Öl- und Kampfgasproduktionszentrum in Deutschland, muß im Falle der imperialistischen Kriegsvorbereitungen seinen besonderen Schutz erhalten. Diesem dienen neben den innerpolitischen Maßnahmen, vor allem jene Gas- und Luftschutzübungen, die im Laufe dieses Sommers in allen wichtigen chemischen Großbetrieben im Bezirk Halle-Merseburg vorgenommen worden sind. Der gesamte Betrieb in Halle, der in zirkel 50 Gas- und Luftschutzbezirk eingeteilt ist, wurde in der vergangenen Woche, wie uns ein Arbeiterkorrespondent mitteilt, in der chemischen Fabrik Buckau in Ammendorf durchgeführt. Der Genosse schreibt uns:

Gas- und Luftschutzübungen in der chemischen Fabrik Buckau ein Schulbeispiel für die übrigen Gemischtbetriebe Mitteldeutschlands sein.

Die Gas- und Luftschutzübungen wurden sie vom mitteldeutschen Arbeiterkongress unter voller Aufsicht und Leitung der Arbeiter. Nach wie schon die Arbeiter Chemischen und Petrochemischen Industrie in Ammendorf am vergangenen Tage. Unter anderem nahmen daran die Direktoren der 26 Gas- und Luftschutzbetriebe teil. Bei diesen Schutzübungen wurden drei verschiedene Schutzmöglichkeiten geübt und Gas- und Luftschutzmöglichkeiten mit den modernsten Gas- und Luftschutzmöglichkeiten geübt.

Die Schutzmöglichkeit (eine Schicht) mußte in markierte Gas- und Luftschutzmöglichkeiten geübt werden. Es blieben nur die Maschinen zurück. So wurden die Arbeiter und Arbeiterinnen in die Schutzmöglichkeiten geübt, die in der Fabrik geübt werden. Die Arbeiter haben über die Gas- und Luftschutzübungen. Insbesondere die Fragen, wie überhaupt angreifen und wie angreifen wird. Sie bekamen darüber keine

Massenmobilisierung von Millionen von Arbeitern und Werktätigen gegen die imperialistische Kriegsgesfahr sein.

Das millionenfache Echo dieses Kongresses muß insbesondere in die Chemischen und Petrochemischen Betriebe Mitteldeutschlands einbringen. Die Antifaschistische Aktion muß geteigert werden im Kampf gegen jeden Pfennig Vorkrieg, gegen die imperialistische Kriegsgesfahr, für die Vertreibung der Sowjetunion.

Was wird in Leuna?

Lohnabbau droht — Gewerkschaftsblökökraten schweigen — Was ist zu tun? — Fünfjahresplan Stalins — Einjahresplan Papens — Was kommt dabei heraus?

Leuna-Kollegen, heraus zu öffentlichen Belegschaftsversammlungen am Freitag, dem 2. September, 20 Uhr:

in Halle, Vokal Hübner, Kurze Gasse; in Weißenfels, Vokal „Tivol“; in Dürrenberg, Vokal „Kronprinz“; in Merseburg besuchen die Leuna-Kollegen bereits am Donnerstag, dem 1. September, 20 Uhr die öffentliche Massenversammlung in der „Jantenburg“.

In den Versammlungen sprechen Referenten der AGD und rote Betriebsräte des Leuna-Werkes. Außerdem wird Bericht erstattet über den wichtig verlaufenen Antifaschistischer Kongress in Amsterdam.

Leuna-Kollegen, ich wieder die rote Kampfeinheit gegen Lohnabbau, Hunger und Faschismus! Nieder mit den Saboteuren der Einheitsfront! Gemeinliche Not erfordert gemeinsames Handeln!

Das Bezirkskomitee der AGD.
Die roten Betriebsräte des Leuna-Werkes.

Delegiert zum Bezirksbetriebsrätekongress

In einer Belegschaftsversammlung der Firma Franke & Söhne, Halle, wurde eine Kampfeinheit im Sinne der Antifaschistischen Aktion angenommen und zwei Delegierte zum mitteldeutschen Betriebsrätekongress gewählt. In allen Betrieben muß gleichfalls die Wahl der Delegierten erfolgen!



Ein Beispiel für alle Antifaschisten!

Die Unterstützung der 9000 proletarischen politischen Gefangenen der Roten Hilfe

der Betrag von 53,88 Mark

haben, die gemeinsam mit der KPD und KSD Halle-Westen Halle-Zentrum gesammelt wurden.

Es ist, unterstützt die Opfer der Klassenjustiz!

Vor der Reichstagsauflösung?

Hilfer „frühstück“ mit Schleicher — Der „Eiserne Front“-Hindenburg für Papen

(Eig. Drahtm.) Berlin, 30. August.

Am Abend sind der Reichskanzler von Papen, Reichsinnenminister Freiherr von Gayl, Reichswehrminister Schleicher und Staatssekretär Meißner zum Reichspräsidenten Hindenburg nach Neudeck abgereist. Man erwartet allgemein, daß sie von Hindenburg die Vollmacht zur Reichstagsauflösung erhalten werden. Die Abreise hatten Reichskanzler und der Reichswehrminister General von Schleicher noch eine Zusammenkunft mit Adolf Hitler bei einem Frühstück, wie es heißt lediglich zu dem Zweck, um festzustellen, ob die Nationalsozialisten gegenüber dem Kabinett Papen nach der Bekanntgabe des Wirtschaftsprogramms keine Einwände haben. Hitler soll erklärt haben, daß die Nationalsozialisten nach wie vor Anspruch auf die Führung im Reich und in Preußen erheben. Die Aussprache sei damit ergebnislos beendet worden.

Chemiegebiet Bitterfeld rüftet!

(Arbeiterkorrespondent)

Am Sonntag fand in Bitterfeld die zweite Einheitsfrontversammlung für das Industriegebiet statt, die gegenüber der ersten einen wesentlichen Fortschritt zur Herstellung der roten Einheitsfront in den Betrieben darstellte. Beispielsweise hatten die SPD- und Gewerkschaftsführer Bitterfelds, Baum, Leibniz und Bartsch, alles versucht, um die sozialdemokratischen Arbeiter vom Besuch dieser Konferenz abzuhalten. Trotzdem waren von den 143 Delegierten 34 freigewerkschaftliche Mitglieder sowie verschiedene sozialdemokratische und „Eiserne Front“-Mitglieder erschienen. 56 Delegierte waren parteilos. Nach einem mit großem Beifall langgenommenen Referat des Genossen Hoyerer von der Reichsleitung der KPD folgte sofort, weil der eingelaufene SPD-Sekretär Baum als Korreferent nicht erschienen war, eine lebhaft Diskussion ein.

In dieser betonte besonders ein sozialdemokratischer Redner angesichts der ersten Situation im Bitterfelder Chemiegebiet, wie notwendig die Einheitsfront im Kampf gegen den bevorstehenden ungeheuren Lohnraub sei.

In diesem Sinne war eine Resolution vorgeschlagen, die die verstärkte Mobilisierung der Betriebsarbeiterfront fordert und einstimmige Annahme fand. Angenommen wurde eine zweite Resolution, die die Freilassung der zu Hundertausenden verurteilten Chinesen Reichsbannerarbeiter und des vom Berliner Standgericht zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilten Jugarbeiters verlangt.

Antifaschistische Aktion, vorwärts in den Bitterfelder Chemiebetrieben!

Handhandel mit Zentrum geht weiter

(Eig. Drahtm.) Berlin, 30. August.

Die Verhandlungen zwischen Zentrum und Nationalsozialisten gehen zu einer so weitgehenden Verständigung über, daß beide Parteien bei der heutigen Entscheidung über den Antrag Hitler, den Reichstagsauflösung bereits heute, am ersten Tage der Reichstagsauflösung, wie sonst üblich erst am zweiten Tage gewährt wird.

Keine Gemeinsamkeit mit den Nazis

Die neue Seite in der Papen-Rede, die eine Antwort auf die Forderungen der Nazis enthalten, dürfen keineswegs eine Begründung an den Nationalsozialismus aufgeben. Sie gegenüber, Papen bekennt sich ausdrücklich zum Faschismus, indem er mündlich erklärte: „Ich heute gegen Hitler, für den Reichstag, für die Einheitsfront und für eine autoritäre Staatsführung“.

Das heißt, nicht er, das Ziel, das Mittel-

nen seiner Anhänger im Kampfe gegen die Parteiherrschaft, gegen Willkür und Ungerechtigkeit jahrelang mit heiligem Segen herbeigesehnt haben.“

Schon diese ganze Phrasologie ist typisch faschistisch; sie ist aus den nationalsozialistischen Blättern entlehnt. In einem Artikel, das Heren eines Reichstagsmitglieds der „Schwerindustrialen“ „Heinrich Wehrhahn“ in der „Nationalen Zeitung“ gab, hat der Reichsfaschist noch einmal die unterfunden, daß er das faschistische Programm der NSDAP durchzuführen will:

... ich freue mich, daß die Reichsregierung mit dem Programm, das sie dem Herrn Reichspräsidenten vorschlägt, auch einen Teil der Wünsche und Forderungen erfüllt, die von der NSDAP erhoben werden. Ich hoffe, daß die Reichsregierung unter der Führung und der Gemeinsamkeit des Zieles zu einer Zusammenarbeit auf laudlichem Wege führt, durch die rein politische Momente etwas in den Hintergrund gerückt werden.“

Schäfer konnte Papen mündlich nicht zum Ausdruck bringen, daß seine Regierung die Durchführung und Vollendung der faschistischen Diktatur als ihre Aufgabe betrachtet.

the...
Molken...
Sarkis...
rot...!
kreise...
Stadttheat...
dem Volk...
inwerk...
Roggen...
en s. f...
ha...
ren-Großhand...
instr. 6...
n Richte...
d Wohlitz...
omann...
weine - Schilke...
liche Straße...
Apothek...
Senger...
s C. Klein...
quelle, Markt...
Kolonial...
Wohl...
Apothek...
straße 15...

Nur die KPD. kämpft für die Werttätigen!

Anträge der KPD. für die Arbeitslosen

Die langfristige Hilfe für Arbeitslose und Sozialrentner ist die langfristige Hilfe der Arbeitslosen und Sozialrentner. Die langfristige Hilfe ist die langfristige Hilfe der Arbeitslosen und Sozialrentner. Die langfristige Hilfe ist die langfristige Hilfe der Arbeitslosen und Sozialrentner.

Die langfristige Hilfe ist die langfristige Hilfe der Arbeitslosen und Sozialrentner. Die langfristige Hilfe ist die langfristige Hilfe der Arbeitslosen und Sozialrentner.

Die langfristige Hilfe ist die langfristige Hilfe der Arbeitslosen und Sozialrentner. Die langfristige Hilfe ist die langfristige Hilfe der Arbeitslosen und Sozialrentner.

Hilfe für die Invaliden!

Zum Schutze der im größten Hungereisend befindlichen Sozialrentner (Alters-, Invaliden-, Unfall-, Anapflichtrentner und Pensionäre) werden mit der Aufhebung alle die KPD. betreffenden Notverordnungsbefimmungen folgende Maßnahmen ergriffen:

1. Wiederherstellung der entzogenen Rentenanprüche (Aufhebung der Nebenbestimmungen für nebenanderlaufende Renten), Wiedereingliederung aller Rentner;
2. sofortige Aufhebung aller Rentenfügungen;
3. Wiederherstellung der Anwartschaftsbefimmungen nach dem Stande vom 1. Dezember 1931.

Die Reichsregierung wird aufgefordert, dem Reichstag ein Gesetz einzubringen zur Änderung der Sozialversicherungsvorschriften, das folgende Vorstöße zum berucksichtigt:

1. Erhöhung der Alters- und Invalidenrente in allen Zweigen der Sozialversicherung auf mindestens 100 Reichsmark im Monat und der Familienzulage für jeden zulassungsberechtigten Angehörigen auf 25 Reichsmark im Monat;
2. als Vorkaese für Unfallrente wird der volle Jahres-

Reichsmittel für die Wohlfahrt

Den Gemeinden sind aus Reichsmitteln sofort 800 Millionen Mark zu überweisen mit der Aufgabe, allen ausgesetzten Erwachsenen Arbeitslosen unter Einchluss der Frauen und Jugendlichen Unterstügungen in der Höhe der Hauptunterstügung des Reichs, auszugeben. Außerdem sind die Gemeinden zu verpflichten, allen Unterstügungsberechtigten und Hilfsbedürftigen Zulagenleistungen in Form von Rentezuschüssen, Kleidung, Schuhen, auszubestellen, Stüfungsmitteln, Milch für Kinder usw. zu gewähren.

2. die Wiedereingliederungspflicht aufzuheben;
3. an Stelle von Fürsorgepflichtarbeiten Kostlandsarbeiten bei Zahlung tariflicher Löhne und freiem Arbeitsverhältnis der Kostlandsarbeiter durchzuführen;
4. jedwede Zurechnung von Reichsmitteln an die private Wohlfahrt einzustellen und die hierdurch freierwerbenden Mittel den Gemeinden zur Durchführung der öffentlichen Wohlfahrtspflege zu überweisen;
5. die Länder und Gemeinden zu veranlassen, alle Zuschüsse an die private Wohlfahrt ebenfalls einzustellen.

Für die Kriegsopter!

Rückgängigmachung aller Rentenfügungen
Die Reichsregierung wird beauftragt: in der Befolgung des Kriegsopter mit sofortiger Wirkung folgende Maßnahmen durchzuführen:

1. Wiederherstellung der Befolgung nach dem Stande der Rente in der Zeit der Reichsreformgesetzgebung vom 22. Dezember 1927;
2. Aufhebung aller Kürzungsbestimmungen, betreffend Zulagen, Rentezulagen, Ortzulagen, Eltern-, Witwen- und Waisenbeihilfen, sowie Ergänzungsbeihilfen;
3. Aufhebung der Nebenfügungen bei Kriegsopter beizugehen, die ein Einkommen aus öffentlichen Mitteln betreffen (S 62 RStG.), soweit das jährliche Einkommen den Betrag von 7200 Mark nicht übersteigt;
4. Aufhebung aller einschränkenden Befolgungsbestimmungen (Gesetz über das Verfahren in Befolgungsachen vom 10. Januar 1922 Reichsgesetzbl. I S. 59).

Schutz den Kranken!

Zum Schutze der Volksgesundheit wird

1. die in der Krankenversicherung durch Arbeitverweigerung eingeführte Krankenkasse und die Krankenkasse aufgehoben;
2. den Kranken allgemeine Krankenkasse gemäß den Bestimmungen der Krankenversicherung nach dem Stande vom 1. Januar 1930 gewährt;
3. die Krankenversicherung wird beauftragt, die Krankenversicherung weiter auszubauen und einen entsprechenden Gelegenheit nach folgenden Gesichtspunkten vorzulegen:

Die kommunistische Reichstagsfraktion fordert in einem ausführlichen Amnestieantrag die Amnestie für alle proletarischen politischen Gefangenen

Die kommunistische Reichstagsfraktion fordert die Amnestie für alle proletarischen politischen Gefangenen. Die kommunistische Reichstagsfraktion fordert die Amnestie für alle proletarischen politischen Gefangenen. Die kommunistische Reichstagsfraktion fordert die Amnestie für alle proletarischen politischen Gefangenen.

1. die Arbeitlosenunterstügung wird auf alle männlichen und weiblichen Arbeiter, Angestellten, nicht pensionsberechtigten, soweit ihr Jahreseinkommen 7200 Mark nicht übersteigt, und alle Kleinrentnerinnen einschließlich der Kleinrentner, ausgedehnt.
2. die Arbeitlosenunterstügung wird für die tatsächliche Lage der Arbeitlosigkeit unter Befolgung der Wart- und Anspruchszugehörigkeit aufgehoben und die Bedürftigkeit festgestellt.
3. Neben die Arbeitlosenunterstügung hinaus gewährt die Arbeitlosenunterstügung die Aufrechterhaltung bzw. die Erneuerung der Arbeitskraft in der:

1. die Arbeitlosenunterstügung wird auf alle männlichen und weiblichen Arbeiter, Angestellten, nicht pensionsberechtigten, soweit ihr Jahreseinkommen 7200 Mark nicht übersteigt, und alle Kleinrentnerinnen einschließlich der Kleinrentner, ausgedehnt.
2. die Arbeitlosenunterstügung wird für die tatsächliche Lage der Arbeitlosigkeit unter Befolgung der Wart- und Anspruchszugehörigkeit aufgehoben und die Bedürftigkeit festgestellt.
3. Neben die Arbeitlosenunterstügung hinaus gewährt die Arbeitlosenunterstügung die Aufrechterhaltung bzw. die Erneuerung der Arbeitskraft in der:

Für die Fürsorge-Unterstügungsempfänger
Vorbehaltlich einer grundsätzlichen Neuregelung der öffentlichen Wohlfahrtspflege durch die Reichsregierung beauftragt, zur sofortigen Wilerung der Notlage der Fürsorgeunterstügungsempfänger folgende Maßnahmen durchzuführen:

1. die Wohlfahrtunterstügung allein mindestens in Höhe der Höhe der gehobenen Fürsorge nach dem Stande vom 1. Januar 1931 zu zahlen;

Die KPD. für die werttätigen Bauern!

Beseitigung der Schuldknechtschaft

1. Die Hypotheken- und Betriebsschulden der werttätigen Bauern und Kleingewerbetreibenden werden gestrichen. Die Schulden der Großbauern und Güterbetriebe werden vom Staate zugunsten der Staatskasse eingetrieben, nur zur Zahlung der rückständigen Rentenbeiträge und Grundbesitze sowie der Ansprüche kleiner werttätiger Gläubiger, die durch die Entschuldung sonst ausfallen würden, vermerkt.
2. Schuldscheine werden nicht mehr bezahlt.
3. Pfändungen und Zwangsversteigerungen auf Grund rüfständiger Schuldscheine sind verboten.
4. Rüfndigungen von Darlehen seitens des Gläubigers sind verboten.
5. Der zünftige Selbstdar über die häusliche und gewerbliche Familienbedar wird durch zinslose staatliche Beihilfen gedeckt.
6. Hären, die für kleine, selbstverwertende oder arbeitsunfähige Gläubiger entstehen, vor allem für Ruhestörer von Altsenten, werden durch staatliche Zuschüsse (staatliche Altersrente) ausgeglichen.

kommen von weniger als 3000 Mark nicht erhoben werden. Der Steuerausfall ist durch Erhöhung von Zinsen der kapitalistischen Betriebe und großen Einkommen auszugleichen. Gemeinden, die seit oder ganz ausschließlich aus Arbeitern und kleinen Besitzern bestehen, ist der Steuerausfall von Staats wegen zu ersetzen. Pfändungen und Zwangsversteigerungen von Grundbesitzenden bei kleinen selbstbedarrenden Besitzern und Pächtern sind verboten.

Hilfe für Siedler

- Zur Wilerung der Notlage der landwirtschaftlichen und Stadtrandsiedler sind folgende Maßnahmen zu ergreifen:
1. Wilerung sämtlicher Restkaufpreise und Rentenabzahlungen;
 2. Umwandlung der von der öffentlichen Hand gegebenen Betriebskredit in verlorne Zuschüsse;
 3. Aufhebung aller Befimmungen in den Erbungsverträgen, die die Wirtschaftsfreiheit des Siedlers einengen, z. B. das Verbot der Vererbung.

Aufhebung der Zucker-kontingentierung

Die Kontingentierung der Zuckerzeugung und des Zuckerverbrauches sowie die Kontingentierung des Tabakbaues werden sofort beseitigt. Die Zucker- und Tabakfabriken sind verpflichtet, die Ernte der kleinen, selbstbedarrenden Pächter in vollem Umfange zu übernehmen. Der Lebensmittelmarkt ist durch Organe der werttätigen Zuckerbauern und Tabakpächter entsprechend den tatsächlichen Selbstkosten festzusetzen. Der Zuckerverbrauch ist durch sofortige Beseitigung der Zucker- und Tabaksteuer zu heben.

Aufhebung des Reichsmilchgesetzes

1. Das Reichsmilchgesetz wird mit sofortiger Wirkung außer Kraft gesetzt.
2. Zwangszusammenkünfte der Erzeuger, Verarbeiter und Verbraucher dürfen nicht vorgenommen werden.
3. Die in Gesetz vorhandenen hygienischen Maßnahmen bleiben für alle Milchzeuger mit mehr als vier Kühen und für gewerbetreibende Milchverarbeitungsstellen verpflichtend.
4. Den kleinen Milchzeugern sind staatliche Beihilfen zur Verbesserung ihrer Viehhaltung und Milchgewinnung zu gewähren.

Arbeitsbefassung

Die Befassung der Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot ist im Einklang mit der Durchföhrung eines großzügigen Wohnungsbaues zu heben. Die Befassung der Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot ist im Einklang mit der Durchföhrung eines großzügigen Wohnungsbaues zu heben.

Warmes Essen für die Hungernden

Die warmen Essens- und sonstigen Unterstügungsberechtigten und Hilfsbedürftigen werden die Unterstügung täglich in Form eines warmen Essens zu verabreichen, sind aus Reichsmitteln die notwendigen Beträge bereitzustellen. Der auf-

Steuerefreiheit für die kleinen Bauern

Die häusliche Adernahrung ist steuerfrei. Vermögenssteuer, Einkommensteuer, Grundrentensteuer, Gewerbesteuer, Gebäude-entföldungssteuer, Umsatzsteuer, Wilersteuer sowie Kreis- und Gemeindesteuern dürfen von landwirtschaftlichen und Klein-gewerblichen Besitzern oder Pächtern mit einem Gesamtjahres-

Kampfpfeil zum Kongreß der oppositionellen Gewerkschaftler Mitteldeutschlands

Kampfpfeil der Kollegen der Schenkender Gewerkschaftsverbände an alle Gewerkschaftsmitglieder im Bezirk: „Wir wollen nicht kampflös untergehen, sondern kämpfen und siegen!“

In einer Mitgliederversammlung aller freien Gewerkschaften von Schenkender referierte der Kollege Richard Richter vom DGB. Trotz Sabotage der Reichsbürokratie waren die Gewerkschaftskongresse erschienen und das Referat des Kollegen wurde mit großem Beifall aufgenommen. Nach energischer Diskussion, an der sich Mitglieder aller Verbände beteiligten, wurde eine Solidaritätsentscheidung für die freitrenden englischen Bergarbeiter angenommen und eine weitere Entscheidung für die Einberufung eines Kongresses der oppositionellen Gewerkschaften, der am 11. September in Halle stattfinden soll. Des Weiteren wurde nachdrücklich Kampfpfeil an die Gewerkschaftsmitglieder Mitteldeutschlands befohlen. Nehmt überall dazu Stellung. Der Appell hat folgenden Wortlaut:

Alle Arbeiter in den ADGB-Gewerkschaften und christlichen Gewerkschaften im Bezirk Halle-Merseburg

Kolleginnen und Kollegen!
Die ungeheure Vertiefung der Krise in Deutschland treibt die Bourgeoisie zu immer grauameren Schritten gegen die deutsche Arbeiterklasse. Immer rücksichtsloser und brutaler werden die Angriffe auf den Lohn der Arbeiter und die Rechte der Angelernten. Eine Notverordnung jagt die andere. Die Arbeiter dieser kapitalistischen Krise sollen auf unsere Schuldenbank werden.

Der letzte Monat wurde die Regierung Brüning auf dem Scheitern des Kabinetts der „Eisernen Front“, abgeworfen und durch die Regierung Papen-Scheidecker ersetzt. Die gesamte traurige Situation nicht mehr die Kraft zu, alle die notwendigen Maßnahmen gegen die werttätige Klasse in Deutschland durchzuführen. Mit Hilfe der braunen Handen Hitler und Goebbels verliert das Finanzkapital in Deutschland die entscheidende Initiative. Immer rücksichtsloser und brutaler geht täglich merkwürdigen Arbeitervereinigungen, Gewerkschaften, Konsumläden usw. durch die Nationalsozialisten. Arbeiter und Arbeiterfunktionäre, Kameraden und Kameraden des Antifaschistischen Kampfbundes, Funktionäre der KPD und KJL, selbst christliche Arbeiter werden von Nationalsozialisten überfallen, misshandelt und misshandelt.

Wir sind in Hand mit diesen Terrormethoden der Nationalsozialisten gegen die neuen Angriffe der Bourgeoisie gegen die werttätige Klasse. Die jugendlichen Arbeiter sollen zur Zwangsarbeit gezwungen werden! Neue Notverordnungen sind in Vorbereitung! Eine ganze Anzahl von Tarifverträgen sind in diesen Tarifverträgen ist bereits der neue Lohnabschlag. Das Tarifvertragsrecht soll beseitigt werden. Die Notverordnungen, Verarmung des Tarifvertrags, nationalsozialistische Vorüberfälle, Sondergerichte gegen die werttätigen Arbeiter müssen alle ausgeschaltet und unterdrückt werden. Die Vertiefung des antifaschistischen Kampfes ist der ersten Stunde werden wir uns an euch, gemeinsam um alle Kräfte aufzubringen, um den neuen Plänen der Bourgeoisie eine wirklich kämpfende Arbeiterklasse entgegenzusetzen. Karl Kogeln, der frühere Vorsitzende des DGB, sagte uns, daß sich gegen den Willen der Bourgeoisie eine Regierung nach nur 24 Stunden halten kann. Die Arbeit stellen wir heute die Frage, wie ist es dann aber möglich, daß die Regierung Papen immer neue Notverordnungen erläßt, wie ist es möglich, daß ein Lohnabbau dem anderen folgt? Wir fordern, unterer Gewerkschaftsorganisationen, die Führer der Arbeiter zu beauftragen, immer und zu jeder Stunde die Mittel und Wege, um uns die gegen uns durchgeführten Maßnahmen der Bourgeoisie schmachhaft zu machen. Sie sollen uns die Nationalisierung, die Sprachen von Wirtschaftskrisis und Wirtschaftskrisis in den Sozialismus, die Sprachen von Wirtschaftskrisis und Wirtschaftskrisis, von Arbeitsbeschaffung und Sozial-

Heute aber müssen wir offen bekennen, daß all dieses Gerede sowie auch die neuen Sozialversicherungsanträge der SPD und des DGB nur berechnet sind uns zu täuschen und dem werttätigen Kampf für unsere elementarsten Forderungen abzurufen. In Monate tolerierten die ADGB-Führer die Brüning-Regierung, die Regierung, die eine ganze Anzahl von Notverordnungen gegen die Arbeiterklasse erließ, die Lohnabbau auf Lohnabbau durchführte. Denken wir nur an die 4. Notverordnung, die einen 10-15prozentigen Lohn- und Gehaltsabbau für alle Arbeiter, Angelernten und unteren Beamten sowie einen starken Abbau in der Sozialversicherung mit sich brachte!

Unter der Regierung Brüning ist das Arbeitslosenheer in Deutschland von 3 auf 6 Millionen gestiegen. Und die Löhne der deutschen Arbeiter wurden im Durchschnitt bis auf 50 Prozent reduziert. Diese Regierung aber wurde von unseren Führern als das „kleinere Übel“ hingestellt!

Wohin diese Politik des kleineren Übels geführt hat, das haben wir alle am eigenen Leibe erfahren.

Die große Millionenerorganisation, der ADGB, wäre in der Lage gewesen, alle diese Angriffe der Bourgeoisie abzuwehren, wenn die Führer dazu den rechten Willen gehabt hätten. Die Gewerkschaftsführer predigten uns Hinabzug als das „kleinere Übel“ gegenüber Papen-Scheidecker. Sie vertrottelten uns auf den 31. Juli, als den „Tag der Abrechnung und Entscheidung“.

Was aber ist jetzt?
Der 31. Juli ist vorüber. Sondergerichte müßen gegen revolutionäre Arbeiter, Neuer Lohn- und Unterhaltungsabbau stehen bevor. Die Führer reden von „Kampf gegen den Faschismus“. Wer aber den Kampf gegen den Faschismus führen will, der muß den Kampf gegen Lohnabbau, Notverordnungen und alle anderen Verschlechterungen führen.

Was aber tun die Führer in der Praxis? Einige Beispiele aus den letzten Tagen zeigen, daß die Führer unserer Organisation auch bereit sind, die Regierung Papen zu tolerieren und

Jeder Gewerkschaftler liebt den „Klassenkampf“

Ihr bei der Überwindung der Schwierigkeiten beihilflich zu sein. Für die Chemiarbeiter in Baden-Württemberg haben die Tarifverträge abgeschlossen, der erneute Lohnabbau verhindert und darüber hinaus dem Unternehmer noch die Möglichkeit gibt, untertarifliche Löhne zu zahlen. In dem Abkommen, abgeschlossen zwischen den Arbeitnehmern und den ADGB-Gewerkschaften DMS, DMB usw., heißt es wortlich:

„Beim Vorliegen besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse können durch Verhandlung zwischen Betriebsleitung und der jeweiligen Gewerkschaft unter Zustimmung der beiderseitigen Organisationsleiter Lohnhöhe vereinbart werden, die unter den Tariflöhnen liegen. Sofern ein Arbeitnehmer von dieser Befugnis Gebrauch machen will, hat durch den Arbeitgeberverband eine Mitteilung an den zuständigen Gau der ZV-Verbände zu erfolgen. Kommt es zu keiner Einigung, dann können die tariflichen Schlichtungsbedingungen angewandt werden.“

Schretzmann, fast jahreslang haben wir um den Abschluß wirtschaftlicher Arbeitsverträge gekämpft. Wir betrachteten die Tarifverträge als das Produkt des Kampfes zwischen Arbeiter und Unternehmer. Tarifverträge sollten „Waffenstillstandsverträge“ sein, die uns die Möglichkeit geben sollten, neue Kräfte zu einem neuen Kampf zu sammeln.

In Verhandlungen aber mit den Arbeitnehmern, ohne uns zu betrogen, haben unsere Führer das Tarifrecht preis, schafften so

die Grundlage der Werkstätte und geben so den Arbeitnehmern die Möglichkeit, noch niedrigere Hungerlöhne als bisher zu zahlen!

Auch der Gesamtverband hat für die Gemeinheitsarbeiter lehr einen Tarifvertrag abgeschlossen, der unerhörte Verschlechterungen für diese Arbeiterklasse bringt. Diese Tariflöhne signifikantieren die Situation und zeigen, daß unsere Führer auch der Papen-Regierung, genau wie der Brüning-Regierung, beihilflich sind, alle Schwierigkeiten auf Kosten der Arbeiter zu überwinden.

Jetzt schon haben bereits Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium zwischen unseren Führern und der Regierung stattgefunden, wo ebenfalls über die Frage der Neueingelung von Lohn und Arbeitszeit verhandelt wurde!

Seit Jahr und Tag haben die Führer unserer Organisation den schriftlichen Kampf gegen diejenigen Kollegen geführt, die vor dieser verhängnisvollen Politik gewarnt haben. Tausende und aber Tausende dieser Kollegen wurden aus der Organisation ausgeschlossen. Millionen von Arbeitern haben unserer Organisation den Rücken gekehrt, sind demzufolge über die Politik und ihre Notlage und stehen heute indifferente beiseite.

Allein im Jahre 1931 hat der ADGB 581 667 Mitglieder oder 12,5 Prozent seiner Mitglieder verloren!

Auf unsere Führer können wir uns nicht verlassen. Sie haben in der Zeit bewiesen, daß sie nicht den ernstlichen Kampf gegen die Bourgeoisie führen, sondern daß sie feige, wie in Berlin am 20. Juli, vor den Maßnahmen der Bourgeoisie kapitulieren.

Wir aber wollen nicht kapitulieren vor der Bourgeoisie und ihren reaktionären Maßnahmen, sondern wir wollen kämpfen. Alle mitteldeutschen Arbeiter im ADGB und in den christlichen Verbänden müssen sich zu gemeinsamer Kampfront zusammenschließen.

Der Bezirksauschuss des ADGB Mitteldeutschlands hat in seiner Sitzung am 15. August 1932 ebenfalls zur Lage Stellung genommen. Aber in keinem Aufsatze an die mitteldeutsche Arbeiterklasse ist sein Wort vom Kampf enthalten. Man appelliert an alle „verantwortungsbewußten Stellen“ und fordert auf zum Eintritt in die freien Gewerkschaften.

Wir sind der Auffassung, daß auch dieser Aufruf genau so ein Fälschungsgemüse ist wie alle Aufrufe der Vergangenheit. Wir schließen uns deshalb dem Appell der Verbände des DMS, des DMB, des Malerverbandes und des Gesamtverbandes von Scheidewitz an für die Einberufung eines Oppositionskongresses zum 11. September für Mitteldeutschland und appellieren an alle freigewerkschaftlichen Mitglieder in den Betrieben und auf den Stempelstellen sowie in den Gewerkschaftsvereinigungen zu unserem Aufruf Stellung zu nehmen und Delegierte zu diesem Oppositionskongreß zu entsenden.

Kampf der gesamten Arbeiterklasse für Demonstrationen, Versammlungen- und Pressefreiheit, Koalitions- und Streikfreiheit.

Gemeinsamer Kampf aller Arbeiter für den Schutz von Leben, Einrichtungen und Organisationen der Arbeiter. Kampf gegen jeden Lohnabbau, gegen die Faschisierung und Verschlechterung der Tarifverträge, ganz gleich ob durch Schiedsgericht oder freie Vereinbarung.

Für die Verteidigung der Sozialversicherung, gegen jeden Unterhaltungs- und Rentenabbau, gegen den Abbau der gewerkschaftlichen Erwerbslosenunterstützung durch die Papen-Regierung.

Wiederherstellung des Bestimmungsrechtes der Mitglieder in den Gewerkschaften. Wahl aller Beiräte, Funktionäre und Angelernten durch die Mitglieder. Wiederaufnahme der ausgeschlossenen Kollegen, die wegen ihrer politischen Überzeugung ausgeschlossen wurden.

Für den Massenkampf gegen Hunger, Lohnabbau und Majorterror.

Wir wollen nicht kampflös untergehen, sondern kämpfen und siegen!

Die Mitgliederversammlung aller freigewerkschaftlichen Organisationen von Schenkender

... mit 795 Delegierten und 38 Intellektuellen

... Kranen...
... (Jahres) ...
... (Mittel) ...
... (Industrie) ...
... (Angebot) ...
... (Arbeits) ...
... (Hilf) ...
... (Verantwortlich) ...
... (oben) ...
... (zurück) ...

... Sprengstoff ...
... (Jahres) ...
... (Mittel) ...
... (Industrie) ...
... (Angebot) ...
... (Arbeits) ...
... (Hilf) ...
... (Verantwortlich) ...
... (oben) ...
... (zurück) ...

**JUNO-
Qualität
ist ein
Begriff!**

Höchste Qualität bei vollem Format

garantiert Josetti allen Freunden der Marke

JUNO.

Um diese wertvolle Zigarette dem Raucher stets in unveränderter Güte liefern zu können, müssen wir darauf verzichten, unserer Juno-Zugaben wie Wertmarken, Gutscheine oder Stickereien beizufügen.

Josetti hat nur das eine Ziel:
Durch beste Tabake den Kenner dauernd zufrieden zu stellen!

6 STÜCK 208

KONIG

Hier kauft die Hausfrau

Conitzer WEISSENFELSERSTR. 2 DAS KAUFHAUS FÜR ALLE

Herrn- und Knabenbekleidung, Herrenartikel bei H. Wassermeyer

Genossen, sucht einen Bedarf an Lebensmittel, Fleisch- u. Wurstwaren bei F. Koch

Genossen, sucht einen Bedarf an Fleisch-, Wurst- und Kolonialwaren bei A. Spelzer

Genossen, sucht einen Bedarf an Lebensmittel, Fleisch- u. Wurstwaren bei G. H. Koch

Genossen, sucht einen Bedarf an Lebensmittel, Fleisch- u. Wurstwaren bei G. H. Koch

Genossen, sucht einen Bedarf an Lebensmittel, Fleisch- u. Wurstwaren bei G. H. Koch

Genossen, sucht einen Bedarf an Lebensmittel, Fleisch- u. Wurstwaren bei G. H. Koch

Genossen, sucht einen Bedarf an Lebensmittel, Fleisch- u. Wurstwaren bei G. H. Koch

MESSOW & WALDSCHMIDT GMBH. ZEITZ Das Haus der guten Qualitätswaren

Forderung Möbel-Schmidt Kalkstraße 36

Tabakwaren Max Herzog Schützenstr. 2, Brühl 37

Farben und Lacke Kühnert & Co. Weberstr. 11

Schützenhaus Jeden Sonntag Ball

Zigaretten - Tabakhaus R. C. Koch, Inh. Felix Ott

Radio, Höhräder

Kaufhaus Hirschberg Teuchern und Hohenzellen

Genossen, sucht einen Bedarf an Lebensmittel, Fleisch- u. Wurstwaren bei G. H. Koch

Besucht das Schillerbad! Sämtliche Medizin-Bäder

Brillen - Winkler Fachgeschäft für Optik und Photo

Hamburger Pflanzhalle

Brillen - Winkler Photo und Optik

Fritz Schauerhammer & Co. Schützenstr. 2

Reinhold Rieck

Carl Hoffmann

Arthur Klee

Hermann Pfeiffer

Vertical text on the right edge of the page, including '21 2' and 'Das Bayer...'.